

POSTULAT von Lars Gubler (Grüne, Uitikon), Claudia Gambacciani (Grüne, Zürich)
und Sandro Feuillet (Grüne, Zürich)

betreffend Atomkraft-Propaganda der AXPO

Der Regierungsrat wird ersucht, dahingehend Einfluss zu nehmen, dass die AXPO keine Atomkraft-Propaganda betreibt und kein Geld an Organisationen und Unternehmen bezahlt, welche die Atomkraft propagieren. Dasselbe gilt für die EKZ.

Lars Gubler
Claudia Gambacciani
Sandro Feuillet

Begründung:

AXPO und BKW haben zwei Rahmenbewilligungsgesuche für den Ersatz der Kernkraftwerke (KKW) Beznau I und II sowie Mühleberg eingereicht. Diese Gesuche unterstehen dem fakultativen Referendum, somit handelt es sich bei der Werbung für die Atomkraft nicht nur um wirtschaftliche, sondern vor allem um politische Propaganda. Wenn die AXPO durch ihre Propaganda für die Atomkraft in die politische Debatte eingreift, ist eine unverfälschte demokratische Ausmarchung nicht mehr möglich.

Die AXPO-Holding befindet sich zu 100% im Eigentum der öffentlichen Hand und hat eine Monopolstellung inne. Der Kanton Zürich ist mit seiner direkten und über die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) indirekten Beteiligung von insgesamt 36,75% der grösste Aktionär des Energieunternehmens. Die AXPO-Holding bezieht ihre Mittel via Stromrechnung von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürgerinnen und Bürger haben indes noch keine Möglichkeit, ihren Stromlieferanten zu wählen. So werden sie gezwungen, die Werbung für die Atomkraft zu finanzieren, auch wenn sie einen Ausstieg aus dieser Technologie wünschen.

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden es als Affront, dass sie mit ihrer Stromrechnung Propaganda bezahlen müssen, die sich gegen ihre eigenen Interessen richtet.